Der Schöneberger ABRISS

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

- Was ist ' gemeinnützig ' an den ' gemeinnützigen ' Wohnungsbaugesellschaften ?

- Die Pressefreiheit wird mit Füßen getreten



Schöneberg im Modernisierungsrausch

NR. 2 • JULI 1981

Termine & Treffs

NACHMITTAG DER OFFENEN TÜR

Potsdamerstr. 157/159
Freitag 17Uhr

Steine sind keine Argumente

deshalb haben wir

**Knüppel,
Tränengas,
Pistolen,
Wasserwerfer,
Handgranaten,
die allgemeine Aufrüstung,
den Segen der Millionäre, Spekulanten und Berufspolitiker
eine uns stets Recht gebende Presse, Fernsehen und Rundfunk und
die Gewißheit, daß die Mehrheit der Bevölkerung es nicht wagt, uns das Handwerk zu legen —
egal was wir tun.**

ARCHITEKTENTREFFEN
Dien. 18 Uhr Winterfeldtstr. 38

GALERIE UND TREFF

Winterfeldtstr. 22
Montag 16 – 19 Uhr
Mittwoch 10 – 14 Uhr
Samstag 10 – 14 Uhr



LITERATURCAFE
Winterfeldtstr. 36
Mittwoch 16 – ? Uhr
(sonst immer offen)

FRAUENTREFF
(nur für Frauen)
Winterfeldstr. 37
Jeden Tag 17 – 21 Uhr
Samstag 11 – 15 Uhr

Treffen von betroffenen Eltern und Anverwandten
von Besetzer/innen
Dienstag 19 Uhr
Winterfeldtstr. 22

Allgemeine Rechtsberatung
Donnerstag 17 – 19 Uhr
Winterfeldtstr. 20

IMPRESSUM :
Redaktion:
Karl Kaos
Evi Molli
P. Stein
Erna Klirr
Harry Kad

V. i. S. d. P. : Blockade GmbH u. k.o. KG ,LTD
Cooperation und Freunde
1000 Berlin 86 Pflasterstrand 567890

Auflage: 1: 15000
Druck und Satz : Eigendruck und Eigensatz
Vertrieb : kostenlos

Diese Zeitung wird von Schönebergern Instandbesetzer/innen getragen.

Wir versuchen sie alle 14 Tage erscheinen zu lassen!

Um dies zu ermöglichen sind wir DRINGEND auf UNTERSTÜTZUNG angewiesen. Es haben ALLE Gruppen, Initiativen und Kiezbewohner die Möglichkeit in der Zeitung zu veröffentlichen.

Redaktionstermine: Mo. 18^{00} Uhr Winterfeldtstr. 38
Frei . 10^{00} Uhr Winterfeldtstr. 22

Damit die Zeitung weiterhin KOSTENLOS verteilt werden kann, sind wir auf Inserate und Spenden angewiesen!

Anlaufstelle außerhalb der Redaktionstermine:
Instandbesetzer/innenladen in der Winterfeldtstr. 38
Mon.–Frei. 16^{00} – 19^{00} Uhr
Sam: 11^{00} – 14^{00} Uhr

Schöneberg im Modernisierungsrausch
Es könnte auch Sie treffen!

Modernisierung ist 'in' und erfreut sich grßer Beliebtheit bei den Hausei gentümern besonders dann, wenn dafür das große Geld vom Staat kommtund sie für das Herunterwirtschaften ihrer Häuser auch noch belohnt werden.
Denn der Staat zahlt hohe Zuschüsse zu Modernisierungs– und unterlassenen Instandsetzungsmaßnahmen. Wie beispielsweise bei der Förderung durch das Landesmodernisierungsprogramm (LAMOD).
Kein Wunder, daß schon Anträge auf Förderung für Über Hundert Häuser hier im Gebiet vorliegen. Fragen Sie Bei Ihrer Mieterinitiative nach, ob Ihr Haus auch dabei ist.

WELCHE KONSEQUENZEN HAT DAS 'LAMOD' FÜR DIE MIETER ?

EINERSEITS wird der Wohnungsstandard verbessert
ANDERSEITS werden häufig gleichzeitig Grundrisse verändert, Wohnungen zusammengelegt, Hinterhäuser und Seitenflügel abgerissen und damit preiswerter Wohnraum vernichtet. Die Wohnungsnot wird vergrößert und die Bewohner modernisierungsbetroffener Häuser leben 1–2 Jahre lang in Dreck und Lärm. Dabei werden sie . 1–2 mal umziehen müssen.
EINERSEITS ist damit in der REgel auch die Instandsetzung gesichert.
ANDERSEITS muß der Mieter diese gesetzlich vorgeschriebene Instandsetzung gleich dreimal bezahlen:
– mit der bisherigen Miete
– mit der neuen höheren Miete
– und darin das er indirekt über seine Steuern die hohen Zuschüsse finanziert
EINERSEITS wird die Miete staatlich subventioniert und festgelegt (z. B. für 10 Jahre) . Die Entstehungsmiete liegt im Programmjahr 81 bei 4,60 DM/m^2 , bis die Entmiete von 6,13 DM erreicht ist.
ANDERSEITS kommen dazu noch die regelmäßigen Altbaumieterhöhungen und Nebenkostensteigerungen. Und als dickster Brocken die Heizkosten für die Zentralheizung die heute bei 2–2,50 DM/m^2 liegen.
– können die Wenigsten die langfristig sehr hohen Mieten zahlen und müssen finanzkräftigen Mietern weichen.
– ist nach dem Bindungszeitraum die Miete frei und der Eigentümer kann verlangen, was der Markt hergibt.
EINERSEITS soll die Modernisierung 'im Einvernehmen' mit den Mietern erfolgen und mehrheitlich auf einer Mieterversammlung befürwortet oder abgelehnt werden.
ANDERSEITS werden die Mieter oft unvollständig oder einseitig informiert.
EINERSEITS sollen 'soziale Härtefälle' berücksichtigt werden
ANDERSEITS werden viele Mieter aus ihrer vertrauten Umgebung gerissen und in Randgebiete abgedrängt
– gibt es viel zu wenig gleichwertige Ersatzwohnungen, besonders für ausländische Mieter.

WAS VERDIENEN SPEKULANTEN UND HAUSEIGENTÜMER AN DER LAMOD FÖRDERUNG?

1. Verzinsung des Grundstückes zu 4,5 %
2. Erheblich höhere Mieten nach der Modernisierung, einkalkuliert sind Zinsen für aufgenommene Bankdarlehen.
3. Zuschuß der öffentlichen Hand zur Modernisierung,der bis zu 70% der Gesamtkosten beträgt.
4. Subventionierung der unterlassenen Instandhaltung bis 70% der Gesamtkosten.
5. durch Steuerabschreibungen (Berlinförderungsgesetz) können zusätzlich innerhalb von 8 Jahren alle eigenen Aufwendungen abgesetzt werden.

DAS KANN DER MIETER GEGEN MODERNISIERUNG TUN:

– zunächst einmal nichts unterschreiben
– sich mit anderen Mietern im Hause in Verbindung setzen
– sich vom Vermieter schriftlich genau erklären lassen, welche einzelnen Modernisierungsmaßnahmen er plant, wie lange die Arbeiten dauern, was sie kosten und um wieviel sich die Miete erhöht
– bei einer Mieterberatung, bei den Mieterinitiativen Rechtsauskunft und Informationen einholen
– erst dann und zusammen mit den anderen Mietern über Zustimmung oder Ablehnung entscheiden
– schon heute den Vermieter zu Instandhaltung und Instandsetzung verpflichten

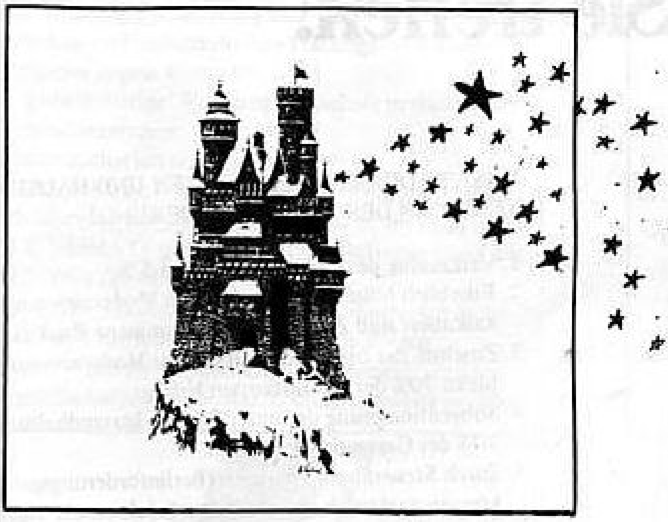
AMNESTIE

Wir lassen uns durch die laufenden Provokationen von seiten der Staatsanwaltschaft, ausgeführt vom Polizeiapparat und gedeckt vom Senat (zahlreiche Räumungen und massenhafte Durchsuchungen) weder zerschlagen noch einschüchtern !!!!!

Unsere Forderungen bleiben bestehen:
———AMNESTIE ALLER IM ZUSAMMENHANG MIT DEN HAUSBESETZUNGEN INHAFTIERTEN
———KEINE KRIMINALISIERUNG
———KEINE WEITEREN RÄUMUNGEN ODER DURCHSUCHUNGEN

In der nächsten Ausgabe berichtet ein inhaftierter Instandbesetzer über die Situation imKnast.

EIN REALISTISCHES MÄRCHEN



Es war einmal, und das ist noch gar nicht so lange her, ein kleines Land. Wilde Wälder gab es dort und Sümpfe, herrliche Plätze, wo die Bewohner des Landes spielen konnten, aber dennoch , irgendetwas schien im Lande nicht zu stimmen. Denn nur ganz selten sah man glückliche Menschen. Und ging man durch die unzähligen Straßen, so vernahm man niemals das Geräusch des Lachens. Stille herrschte überall und mürrisch und ernst blickten die Bewohner des Landes drein. Natürlich hatte die Stille auch einen Grund; im Norden des kleinen Landes nämlich erhob sich ein mächtiger Berg, und oben, auf dem Gipfel, da ragte eine weithin sichtbare Burg fast bis an die Wolken. In der Burg selbst lebten die Herrscher des Landes, die keiner eigentlich so richtig kannte, weil sie immer nur ganz eilig hin- und herlaufend angetroffen wurden. Seltsame Dinge geschahen dort oben, merkwürdige Maschinen wurden gebaut, allerlei Gerät angefertigt und vor allem, denn dies taten die Herrscher am liebsten , entwarfen sie unermüdlich Pläne für neue Straßen, die kreuz und quer rings um den Berg gebaut wurden. Selbstverständlich bauten die Herrscher die Straßen nicht selbst, das mußten die Bewohner des Landes tun, die in ihren Hütten unterhalb des Berges hausten Und damit sie ihre Aufgabe auch möglichst schnell erfüllten, hatten die Herrscher im ganzen Lande das Lachen verboten. So erklärte sich also diese drückende Stille, kein Laut war zu hören, und Ruhe und Ordnung regierten das Land. Damit aber keine Unzufriedenheit aufkam, durften sich alle fleißigen Straßenbauer einmal pro Woche, sonntags nämlich, für eine Stunde im großen Lachkäfig versammeln, wo alle gemeinsam unter Anleitung eines Showmasters aus Leibeskräften lachten und johlten. Lustig gings zu bei diesem wöchentlichen Treffs, doch kaum war das letzte Kichern verklungen, da rannten sie wieder zu ihren Straßen, schleppten die schweren Steine, planierten und teerten und sobald eine Straße fertig gebaut war, zog man einen hohen Zaun am Rand entlang.

Wagte einmal einer zu fragen, wozu das Land soviele Straßen brauchte, so zeigten die Herrscher ihm flugs ein gewaltiges Buch, voll mit vielen Straßenplänen; wer das Buch geschrieben hatte, das sagten sie allerdings nicht. Mit den Plänen wird es wohl seine Richtigkeit haben , dachten alle und mühsam setzten sie ihr Tagewerk fort.

Hinter den umzäunten Straßen begann der Sumpf, kaum einer wagte sich in das unwirtliche Land, doch die Alten munkelten bisweilen, dort solle ein bunter Haufen leben, der abends heimlich kicherte und lachte, Moritz,ein neugieriger kleiner Kerl, der lange schon recht unzufrieden war, hörte Abend für Abend fasziniert den Erzählungen zu. Und als das Straßenbauen gar keinen Spaß mehr machen wollte, da faßte er sich eines Nachts ein Herz und kletterte über einen der Zäune und lief schnurstracks in den Sumpf. Da sah er die herrliche Landschaft zum ersten Mal mit eigenen Augen und nicht lange darauf vernahm er in der Ferne ein fröhliches Kichern. Mutig hielt er darauf zu und so stand er bald vor eienm kleinen Haus, in dem fröhlich gelacht und getanzt wurde. Soviel Lustigkeit steckte den kleinen Moritz schnell an und ehe er sich versah, da tanzte er schon selbst inmitten des bunten Haufens.

Aus Steinen und Holzteilen, die überall im Sumpf herumlagen, hatten die munteren Gesellen jenseits der Zäune verrückte Häuser gebaut, mit Ecken und Winkeln und Türmen und vor jedem dieser Gebilde prangte ein großes Schild:

' LACHEN ERLAUBT '

Gleich am nächsten Morgen ging Moritz im Sumpf Material sammeln und da ihm alle kräftig halfen, war schon vor Sonnenuntergang sein eigenes Häuschen fertig. Überglücklich feierten die Sumpfleute ein rauschendes Fest und sie alle zusammen lachten vor Freude so laut, daß selbst die Herrscher auf dem hohen Berg es hören konnten. Sofort versammelten sich die Herren der Oberstadt, um zu beratschlagen, was zu tun sei, denn wenn die Arbeiter aus der Unterstadt das Lachen ebenfalls vernommen hätten – wer weiß, ob sie dann weiterhin so emsig Straßen bauen würden.

Lummel, ein mächtiger und strenger Herr der Burg, ersann sobald einenPlan, wie dem heimlichen Aufruhr beizukommen sei. Denn, so meinte er, die Steine und Hölzer, aus denen die da ihre Häuser bauen, die gehören schließlich uns, sind wir doch noch die Herren hier im Lande. Und sogleich sandte er nach den grünen Schlangen, kräftige Wesen, die ihm ergebenst untertan, die sollten nun das Eigentum zurückbringen. Zwar wußte manin der Burg mit all dem Gerümpel sowieso nichts anzufangen, aber schließlich werde in jenen Häusern im Sumpf ja gelacht und alsbald erhielten die grünen Schlangen den Marschbefehl.



Was ist 'gemeinnützig' an den 'gemeinnützigen' Wohnungsbaugesellschaften?

Rund 25% des Westberliner Wohnungsbestandes gehören den in Berlin im Verband Berliner Wohnungsbaugenossenschaften-und gesellschaften zusammengeschlossenen 'gemeinnützigen' Wohnungsunternehmen wie NEUE HEIMATund GESOBAU etc.
mit diesem Anteil spielen die 'Gemeinnützigen' eine hervorragende Rolle in der Wohnungspolitik,wobei sich ihre Tätigkeit in letzter Zeit vor allem auf die Sanierung und Modernisierung von Wohnraum bzw.ganzen Stadtvierteln erstreckt.Wieso aber, so fragt man sich, können diese Wohnungsbauunternehmen,deren praktische Tätigkeit genausowenig 'gemeinnützig'ist wie die Produktion eines Pharma-Konzernes, sich 'gemeinnützig' nennen? Jeder Mieter, der von Luxusmodernisierung oder Sanierung durch die 'Gemeinnützigen' betroffen ist, weiß ein Lied davon zu singen, wie diese 'Gmeinnützigkeit' aussieht,nämlich genauso wie die Sanierungs- und Modernisierungspraxis aller anderen, auch der privaten Baugesellschaften und Firmen.
Wieso also 'gemeinnützig'? ? ?

Die Nationalsozialisten beschlagnahmten nach 1933 weitgehend die Vermögen der 'gemeinnützigen' Wohnungsbauunternehmen und unterstellten sie der deutschen Arbeitsfront (DAF). Dies ist auch die Geburtsstunde der NEUEN HEIMAT. Als kleine Baugesellschaft 1926 gegründet, ändert sie 1939 ihren Namen in NEUE HEIMAT GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGS- UND SIEDLUNGS-GESELLSCHAFT DER DEUTSCHEN ARBEITSFRONT IM GAU HAMBURG und wird nach 1945 zum bedeutendsten 'gemeinnützigen' Unternehmen.
Der Begriff 'gemeinnützige' Wohnungsunternehmen wurde rechtlich einheitlich erstmals 1930 in der 'Verordnung über Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen' fixiert, die auch heute noch die gültige Rechtsgrundlage bildet.
Danach werden vor allem 4 Kriterien als Ausdruck der 'Gemeinnützigkeit' genannt:
- Gewinnverzicht (Beschränkung der Dividende auf 4%)
- Abstellung auf Bedürftige
- Bauverpflichtung
- Zweckbindung der Mittel

Vorläufer der 'gemeinnützigen' Wohnungsbauunternehmen entstanden in Deutschland ab ca. Mitte des 19.Jhds. Neben der damals dominanten Bedeutung des privaten spekulativen Wohnungsbaus bildete sich ein Zweig heraus, der Wohnungsbau auf genossenschaftlicher Basis, häufig auch in Form von Selbsthilfe betrieb. 'Genossen' und Mitglieder dieser Baugenossenschaften waren vor allem besser verdienende Teile der Arbeiterschaft, Angestellte und Beamte, die sich in Bauvereinen und Baugenossenschaften zusammenschlossen, um für ihren speziellen Bedarf gute und billige Wohnungen zu bekommen.
Vor allem aber nach dem ersten Weltkriege gewannen die genossenschaftlichen und 'gemeinnützigen' Wohnungsbaugesellschaften sprunghaft an Bedeutung, da sie nicht mehr auf ihre Selbsthilfe angewiesen waren,sondern zum Instrument staatlicher Wohnungsbaupolitik wurden. Diese Unternehmen, von den Gewerkschaften unterstützt, oder im Eigentum von Gewerkschaften, versuchten bessere Standards im Wohnungsbau durchzusetzen, betrieben eine fortschrittliche Baupolitik und unterstützten Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe.

Die im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz festgelegte Begrenzung der Dividende auf 4%, das wohl wichtigste Kriterium der 'Gemeinnützigkeit', beinhaltet nun aber keinen Verzicht auf Profite, ganz im Gegenteil. Nur: die Ausschüttung der Profite bleibt auf 4% beschränkt und zusätzliche Profite müssen wieder im Wohnungsbau reinvestiert werden, was für die 'gemeinnützigen' Unternehmen einen Akkumulations- und Wachstumszwang bedeutet.
Für diese Begrenzung,die eigentlich keine ist, denn in jedem anderen Wirtschaftszweig wird ein Teil der Profite reinvestiert, können die 'Gemeinnützigen' vielfältige steuerliche Privilegien, Subvention etc. beanspruchen.

Da die Profite im teuren Wohnungsneubau begrenzt erscheinen, die Neubaumieten sind kaum noch zu bezahlen, konzentrieren sich die 'Gemeinnützigen' nun vorwiegend auf Stadtsanierung und Wohnungsmodernisierung, wobei ihnen noch die Verflechtung und Verfilzung mit anderen staatlichen und halbstaatlichen Planungs- und Kreditinstitutionen zugute kommt.
Die 'gemeinnützige' Wohnungswirtschaft umfaßt heute 3 Unternehmenstypen:
-Genossenschaften und Vereine
– Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften in den Rechtsformen der GmbH und der AG (Zum Beispiel NEUE HEIMAT) einschließlich der Stiftungen und Körperschaften des öff entlichen Rechts
– die als Betreuungsgesellschaften fungierenden Heimstätten und Landesentwicklungsgesellschaften
wiesen die Baugenossenschaften und gemeinnützigen Baugesellschaften im 19.Jhd. noch ansatzweise sozialreformerische Tendenzen auf, und boten bessere Standards und Ausstattungen gegenüber den privatkapitalistisch produzierten Wohnungen, so haben sich diese Unterschiede bis heute weitgehend nivelliert. Ob Sanierung oder Modernisierung heute von 'Gemeinnützigen' oder privaten Trägern durchgeführt werden, ist relativ beliebig, die Resultate sind die gleichen, höhere Mieten, Verdrängung alter Mieter etc. Dennoch kann die Konsequenz nicht sein, Sanierung und Moderni sierung allein den Privatinvestoren zu überlassen.
Sondern gefordert werden muß:
– Kontrolle der 'Gemeinnützigen' durch Mieterbeiräte und Mietermitbestimmung
– Rückbesinnung auf die alten Ziele, nämlich preiswerten guten Wohnungsbau für bedürftige Schichten zu erstellen
– keine Sanierung und Modernisierung ohne qualifizierte Mehrheiten der Mieter, dann aber Mitwirkung der Mieter bei der Planung und Durchführung.



Pressefreiheit



Die Pressefreiheit wird mit den Füßen getreten

Waren in der Vergangenheit die Medien gefüllt von Übergriffen der Polizei gegenüber der Presse, so hat jetzt die Staatsanwaltschaft für Schlagzeilen gesorgt. Anlaß war die Beschlagnahmung von Filmmaterial des SFB und des ZDF beide Sendeanstalten hatten vor dem Rathaus am 25.6. 81 die Auseinandersetzungen gefilmt. Für die Staatsanwaltschaft ein Grund das Filmmaterial zu beschlagnahmen.
Warum soll die Staatsanwaltschaft nicht das Recht haben, einen Film oder Fotos bei einer Sendeanstalt oder Zeitungsredaktion zu beschlagnahmen, wenn sie damit einen Steine werfenden Landesfriedensbrecher identifizieren kann. Muß doch jedem friedliebenden Bürger daran gelegen sein, daß eine Strafverfolgungsbehörde in ihrer Arbeit unterstützt wird, auch Journalisten.
Das Ja auf die Frage könnte alzu leicht geäußert werden und nur allzuvernünftig gelten. Mit dieser Forderung wird ein Stück Freiheit aus dem Fundament unserer Ordnung gebrochen, die schlechhin konstituierend ist, die Pressefreiheit.
Die Eingriffe in die Filmarchive de sSFB und des ZDF in Berlin stellten einen eklatanten Verfassungsbruch dar, die garantierte Pressefreiheit laut Art 5 des GG wird hier durch das Strafrecht aufgehoben. Einen ähnlichen Fall gab es vor Jahren in Hannover mit der 'Neuen Hannoverschen Presse'.Die Beschlagnahmung erfolgte auf Grund gesetzlicher Bestimmungen über die Zeugniverweigerung, nach der Änderung des StGB von 1975. Damals fehlte es nicht an fach– und sachkundigen Warnern. Die Journalistenverbände ließen sich damals zuleicht beschwichtigen.
Im März dieses Jahres hat der Vorprüfungsauschuß des Bundesverfassungsgerichts, der die Vereinbarkeit von Gesetzen mit dem Grundgesetz kontrolliert, die Klage der NHZ als Aussichtslos abgelehnt.

Das ändert nichts an den bedenklichen Konsequenzen. Als Geschütz gelten nur Informationen Dritter an die Redaktion, nicht aber redaktionelle Eigenarbeit, Manusskripte, Fotos oder Filme. Nach der rechtlichen Auffassung wird der Journalist zum Hilfssheriff, wenn Fahnder und Richter es für wichtig und richtig halten.
Die Aufgabe des Journalisten kann es nicht sein, in einem Staat nach Belieben der Fahndungsbehörde als Büttel zu dienen, indem daraufhingewieserwird, daß Ordnung und Recht volle Anwendung finden, in sogenannten Ausnahmefällen aber Einschränkung erfährt, welches ein weit größeres Übel darstellt als das Davonkommen einiger unbekannter Straftäter. Diese Form der Rechtsauffassung muß indes den Pressephotographen und Fernsehkamaraleuten zu bedenken geben, bei öffentlichen Konfli kten ihre Kamara hinzuhalten, weil sie sich nicht als potentielle Strafverfolgungsbehörde verstehen. Und wenn sie als erste Steine abbekommen, dann wird vielleicht mancher verstehen, daß es sich hier um mehr als nur Berufsprobleme oder gar nur um die Empfindlichkeit von Journalisten handelt.
War bis heute der Journalist durch Übergriffe der Polizei gefährdet muß er ZUkunft davon ausgehen, einer weiteren Gefährdung durch Demonstranten ausgesetzt zu sein. Die Pressefreiheit ist, wie die Beispiele zeigen, in unserem Land vom Gesetz bedroht.
Alerdings berichten Teile der Medien nach der Beschlagnahmung der Filme verantwortungsvoller über die Hausbesetzerproblematik.

PATENSCHAFTEN

Patenschaften in Schöneberg – Die Unterstützung wächst !

In den letzten Wochen sind mehrere Patenschaften von verschiedenen Organisationen für besetzte Häuser übernommen worden. Die Paten deuten damit nicht nur ihre moralische Unterstützung für die Instandbesetzer an, sondern leisten gleichzeitig öffentlich bekundete Solidarität. Neben der Unterstützerfunktion von außen bekommen sie zudem Einblick in das Innere der einzelnen Häuser und erleben den Besetzeralltag auch in der Praxis. Dadurch wird das Problem weit über das Politische hinaus zu einem nicht minder Persönlichen.

Die Unterstützung durch die Paten hat unterschiedliche Formen und Ausmaße, entscheidend ist jedoch das öffentliche Bündnis mit uns, den Instandbesetzern.

– Im Literaturcafe in der Winterfeldtstraße 36 halten verschiedene Schriftsteller Lesungen ab (z.B. Thomas Brasch)

– Die Winterfeldtstraße 20/22 wird von der GEW–Hochschulgruppe (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) unterstützt.

– Für die Winterfeldtstraße 37 fühlen sich die 'Frauen für Frieden', die Zeitschrift 'Courage' und der Frauenbuchladen 'lilith' verantwortlich.

– Ebenfalls mehrere Paten hat das Haus in der Frankenstraße 7. Die Mitarbeiter des interdisziplinären Forschungs projekts 'Energie und Gesellschaft' planen gemeinsam mit Mietern und Besetztern die Einrichtung von energiesparenden Maßnahmen sowie die Gartengestaltung. Das Studentenparlament und der allgemeine Studentenausschuß der Fachhochschule für Sozialpädagogoik und Sozialarbeit fördern das Haus durch weitere Aktivitäten.

– Die Humanistische Union , bekannt durch Knastarbeit und das Kommitee ' Bürger beobachten die Polizei', hält ihre Vorstandssitzung in der Goltzstraße 30 ab und pflegt den weiteren persönlichen Kontakt mit den Besetzern.

Fast alle Paten haben sich dazu bereit erklärt, im Falle einer Räumung im Haus anwesend zu sein, um so einer weiteren Kriminalisierung vorzubeugen. Dadurch und durch ihr öffentliches Eintreten für die Besetzer zeigen sie , daß Instandbesetzer nicht als Kriminelle isolierte Minderheit abzuqualifizieren sind, sondern das Problem ein weitaus größeres darstellt, das mit dem Polizeiknüppel nicht zu lösen sein wird.

Inzwischen haben 30 Prominente, darunter so namhaft Theologen wie das Ehepaar Gollwitzer und Bischof Scharpf, Schriftsteller, Filmemacher und Professoren ihre Bereitschaft erklärt, selbst in Zukunft in besetzten Häusern zu wohnen.

Auch halten mehrere Professoren der Freien Universität während der Semesterferien Vorträge und Diskussionsabende in besetzten Häusern ab.

Programm:

16.7.	Richard Stöss (Politologe): 'Neonazi-Jugend in Berlin'	Winterfeldtstr. 31
23.7.	Alfons Söllner (Politologe): ' Angst und Politik'	Winterfeldtstr. 31
30.7.	Peter Jahn (Historiker): ' Berliner Feindbilder nach 1945'	Winterfeldtstr.38
6. 8.	Hans G. Claussen (Stadtplaner): ' Sanierungspolitik und Kleingewerbe'	Goebenstr. 8
13.8.	Frank Beckenbach (Ökonom): ' Wie haushaltet der Staat? '	Kleinaustr. 1/37
20. 8.	Urs Jaeggi (Soziologe) : ' Literatur und Soziologie '	Winterfeldtstr. 36
27. 8.	Axel Honneth (Soziologe): ' Wissen und Macht' (Foucault)	Winterfeldtstr. 38
3.9.	Georg Lohmann (Philosoph): ' Anders gut leben? '	Maaßenstr. 13
10.9.	Georgia Tornow (Politologin): ' Betriebsbesetzungen'	Potsdamerstr. 157/159
17. 9.	Otto Kallscheuer (Philosoph): ' Freiheit und Recht bei Kant'	Winterfeldtstr. 36
24. 9.	Ursula Neubauer (Historikerin): ' Utopische Sozialisten- Eine alternative Wohn- und Lebensform'	Görlitzerstr. 39
1.10	Bodo v. Greiff (Philosoph): ' Wissenschaftsfreiheit, Erkenntnis und Justiz '	Görlitzer str. 39
8.10.	Abschlußfete und Überleitung ins Semester	wird noch bekannt gegeben

Wenn das Haus geräumt wurde, findet die Veranstaltung auf der Straße statt!!!!!



Eine neue Polizeiwaffe

Nach Auskunft des ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Schirrmacher, befindet sich die optimale Polizeiwaffe in ihrer Endphase der Erprobung. Es handelt sich dabei um ein chemisches Gas, das Menschen, die es einatmen oder anders in Berührung kommen, bewegungsunfähig macht.
Bei der angekündigten neuen Waffe handelt es sivh um das Kampfgas ' ortho-chlorobenzyliden-emalonoitrile (kurz genannt: CS). Es soll das bisherige Kampfgas (omega-chloracetophenone CN) ablösen. Beide Gase sind wasserlöslich, wobei CN bisher in Wasserwerfern beigemischt wurde.
Bei beiden chemischen Mitteln handelt es sich um keine neuen Waffen, da die Einsetzung von CN und CS schon im ersten Weltkrieg erfolgte.
Bis 1918 wurden 125.000 Tonnen eingesetzt bei denen 1.300.000 Menschen entweder sofort oder an den Folgen starben. Im Jahre 1935-36 wurde die Waffe in Äthiopien eingesetzt und 1969 in Vietnam.
Die Wirkung von CS ist , unter anderem, starke Beeinträchtigung der Wahrnehmung und der Reaktion , weitere Folgen sind z.B. Augenverätzungen, die zur Erblindung führen, Hautexzene oder Hautkrebs. Eingeatmet führt es in der Lunge zu Lähmungen und Erbrechen; eine zu hoch eingeatmete Dosis führt zum Tod, geringere Dosen führen zu Lungenödemen . Aufgetretene Schäden sind nicht behebbar, für jüngere und ältere Personen besteht höchste Gefahr. Schäden durch Nervenlähmung können nicht ausgeschlossen werden. Nach dem ersten Weltkrieg wurde am 17.6. 1925 in Genf ein Protokoll unterzeichnet zur Nichtanwendung chemischer und biologischer Waffen im internationalen Konflikt, unter den chemischen Waffen fallen auch CN und CS , zu den unterzeichneten Staaten gehörte Deutschland.

Der jetzige Polizeipräsident von Bielefeld, Schirrmacher, und ehemaliger Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei erklärte dazu:
' Hier kann ich ein kleines Geheimnis lüften. Experten haben einen Reizstoff entwickelt, der bei jeder Temperatur eingesetzt werden kann– mit einer sensationellen Wirkung. Wer diesen Stoff einatmet, wird praktisch bewegungsunfähig, ohne daß er ohnmächtig wird. Wer dieses Zeug einmal kennengelernt hat, wird sich hüten, noch einmal damit in Berührung zu kommen. Dieser Riezstoff ist ungefährlich. Es wirkt etwa eine halbe Stunde. Es gibt keine Nebenwirkungen.'
Es läßt sich zu dieser Aussage nur eines sagen:
Herr Schirrmacher, lesen Sie den Bericht der UN- Kommission, und Sie wissen, was Sie verantworten.
Und nicht nur Herrn Schirrmacher ist diese Lektüre zu empfehlen.
Nicht wahr, Herr Lummer!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Lummer läßt Einsatzmöglichkeit für CS-Reizstoff in Berlin prüfen

Scharfe Kritik von SPD und dem FDP-Landesverband am Innensenator

Berlin/Bonn (AP). Auch Innensenator Lummer (CDU) hat keine Vorbehalte gegen den Einsatz des neuen Reizstoffes CS gegen Demonstranten, wenn alle Prüfungen positiv verlaufen. Wie berichtet, hat der bayerische Innenminister Tandler bereits die Absicht geäußert, die Polizei mit dem Gas auszurüsten. Der Sprecher der Berliner Innenverwaltung, Birkenbeul, erklärte gestern, vorerst solle jedoch das Gas, das direkt angewendet oder Wasserwerfern beigemischt werden kann, von der technischen Kommission der Polizei eingehend geprüft werden. Der Bericht werde im September erwartet. Außerdem müssen in Berlin die Alliierten den Einsatz des Gases genehmigen, das starke Reizungen der Augen- und Atemschleimhäute sowie ein Gefühl des Erstickens hervorrufen soll.

TAGESSPIEGEL vom 10. Juli 1981

